

Kurzmeldungen September 2011

Biolandbau

Die Zahl der Biohöfe stieg 2010 in Deutschland um 4,3%. Das war etwas weniger als 2009 mit einem Anstieg um 6,2%. Der Flächenzuwachs blieb etwa gleich (4,3%). Ende 2010 gab es 22 000 Ökohöfe in Deutschland mit einer Gesamtfläche von 991 000 ha.

Quelle: FAZ, 24.6.11

Wärmedämmung

Die beschlossenen Energieeinsparziele werden verfehlt werden, weil die Bundesregierung zu wenig Fördermittel für die bessere Dämmung der Gebäude zur Verfügung stellt. Grund dafür ist unter anderem, daß die Länder sich dem Plan widersetzen, bis zu 10% der Sanierungskosten von der Steuer absetzen zu lassen. Geplant war eine Verdoppelung der jährlichen Sanierungsrate auf 2% des Gebäudebestands.

Quelle: FAZ, 12.8.11

SPD kauft Traumschiff

Die SPD hat jetzt ein 146 m langes Kreuzfahrtschiff gekauft, um ihren Mitgliedern Reisen zu verkaufen.

Quelle: SVZ, 21.7.11

UN-Erklärung zum Klimawandel

Nach tagelangem Streit hat sich der UN-Sicherheitsrat auf eine Erklärung geeinigt, die auf einen Vorschlag Deutschlands zurückgeht. Damit werden vom höchsten UN-Gremium erstmals erstmals die negativen Folgen des Klimawandels thematisiert. Der Klimawandel kann auf lange Sicht dazu führen, daß sich Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit in der Welt verschärfen. Extreme Wetterlagen kommen häufiger vor. Es sterben dadurch nicht nur viele Menschen, sondern es werden auch Infrastruktur, Institutionen zerstört. Deutschland hatte auf eine deutlichere Stellungnahme gedrängt, scheiterte aber an Einwänden aus Russland und China.

Quelle: FAZ, 22.7.11

Klimaabgabe für Flugverkehr

Die EU hat beschlossen, allen Fluggesellschaften, die auf ihren Flughäfen starten oder landen eine Höchstgrenze an CO₂ zuzuweisen. Wird diese überschritten müssen Emissionszertifikate zugekauft werden. China droht jetzt mit einer Zwangsabgabe für EU-Fluggesellschaften, die nach China fliegen. Die USA planen ein Gesetz, daß es US-Fluggesellschaften verbietet, am EU-Emissionshandel teilzunehmen.

Quelle: FAZ, 29.7.11

Bevölkerungswachstum

Ende Oktober werden auf der Erde 7 Mrd Menschen leben. Bald wird Indien (1,2 Mrd.) China (1,3 Mrd) als bevölkerungsreichstes Land ablösen. Nigeria hat mit 162 Mio die meisten Einwohner in Afrika. Bis 2050 soll dort die Einwohnerzahl auf 750 Mio ansteigen.

Quelle: SVZ, 30.8.11

Pestizide

Pestizide sind eine große Gefahr vor allem für Kinder in Entwicklungsländern. In Südafrika verkaufen viele Kinder hochgiftige Pestizide gegen Ungeziefer unetikettiert in selbst abgefüllten Behältern. 99% aller Vergiftungen mit Pestiziden ereignen sich in Entwicklungsländern. Dort gibt es keine Schulungen über die Gefahren im Umgang damit. Es gibt auch häufig Verwechslungen mit Lebensmitteln.

Quelle: VDI-nachrichten 12.8.11

Elena wird aufgegeben

Der von der Bundesregierung eingeführte elektronische Entgeltnachweis (Elena) ist ein massiver Verstoß gegen den Datenschutz und ein Mißbrauch von Arbeitnehmerdaten. Den Unternehmen kostete die Einführung eines solchen Systems mehrere hundert Mio Euro.

Quelle: NOZ 19.7.11

AKW

In Japan stehen 43 von 54 Atomkraftwerke still. Größtenteils wurden sie während des Erdbebens vom 11. März abgeschaltet. Die stärkste Freisetzung erfolgte in den ersten 6 Wochen durch die Explosionen und das unkontrollierte Auslaufen des Kühlwassers ins Meer und in den Untergrund. Immer noch verdampft radioaktives Kühlwasser und die Dekontaminierungsanlage funktioniert nur teilweise. In dieser Anlage sollen aus den über 100 Mio Litern hochradioaktivem Wasser die Radionuklide herausgefiltert werden, die dann als Rückstand gelagert werden.

Das Kraftwerk in Mühleberg in der Schweiz liegt in einem Flusstal nahe Bern: Aufgrund eines Designfehlers können bei Überflutung alle Pumpen dieses Kraftwerks ausfallen. Eine Kernschmelze wie in Fukushima wäre dann kaum noch vermeidbar.

In Litauen, soll einer der beiden Reaktoren des AKW Ignalina abgerissen werden. Die European Energy Review berichtet, daß der Abriß 2,9 Mrd Euro kostet. Für das Geld ließen sich Windkraftanlagen mit einer Leistung von grob gerechnet 2,5 Gigawatt aufstellen. Mit chinesischen Anlagen wären es vielleicht sogar 3 bis 4 Gigawatt.

Quelle: Sonnenseite.com 14+15.9.11, Telepolis, GLOBAL 2000

Arktis - Frühwarnsystem für den Klimawandel

Die Erde erwärmt sich durch den anthropogenen Ausstoß von Treibhausgasen, vor allem durch den Ausstoß von Kohlendioxid. So war das Jahrzehnt 2000-2009 die bisher wärmste Dekade seit dem Beginn der Messungen 1850. Die Entwicklung in der Arktis ist im September am besten abschätzbar, dem Monat mit der geringsten Eisausdehnung während eines Jahres. Zum Ende des arktischen Sommers 2010 hatte sich die Meereisfläche im Septembermittelwert auf etwa 4,6 Mio km² verringert. Im Mittel der vergangenen 40 Jahre hatte das Eis im September eine Fläche von 6,7 Mio km² bedeckt; 1980 beispielsweise lag die Ausdehnung noch bei 7,8 Mio km².

Der Juli 2011 wies die bisher geringste Eisbedeckung auf, die jemals in einem Juli gemessen worden ist (Quelle: NSIDC, USA).

Dabei verringert sich das Meereis sogar sehr viel schneller als im Mittel der Klimamodelle. Wir durchlaufen z.Zt. eine Phase einer relativ starken Golfstromzirkulation. Damit hat sich auch der Transport von Wärme in die Arktis erhöht. Die Modelle simulieren jedoch ein breites Spektrum von internen Schwankungen, sodass zumindest einzelne Simulationen ein ähnliches Verhalten hätten zeigen müssen. Es ist also eher unwahrscheinlich, dass eine natürliche Klimaschwankung für die Diskrepanz zwischen den Modellen und der Wirklichkeit verantwortlich ist.

Für das Ende dieses Jahrhunderts simuliert eine Reihe von Modellen selbst unter der Annahme eines moderaten Szenariums für die zukünftige Entwicklung der Treibhausgase eine fast eisfreie Arktis im Sommer, wobei einige wenige Modelle den kompletten Meereisverlust schon für die Mitte des Jahrhunderts berechnen oder noch früher, wenn sie mit den gegenwärtigen niedrigen Eiswerten gestartet werden.

Schmilzt das Meereis, steigt der Meeresspiegel nicht. Das ist nur der Fall, wenn Landeis taut. Und das passiert ebenfalls überall auf der Erde. Die Gebirgsgletscher ziehen sich zurück, egal ob in Spitzbergen, den Alpen oder den Anden. Besonders wichtig für den Meeresspiegel werden jedoch die kontinentalen Eisschilde sein. Grönland besitzt einen kilometerdicken Eispanzer. Ein kompletter Verlust des grönländischen Eisschilds würde langfristig den Meeresspiegel um ca. 7 m im weltweiten Durchschnitt steigen lassen. Das Grönlandeis schmilzt immer schneller. Trägt damit bereits heute zum Steigen des Meeresspiegels bei. Die Rate beträgt im Moment 3 mm/Jahr und der Rückgang des Grönlandeises trägt neben der Wärmeausdehnung des Meerwassers erheblich dazu

bei. Seit 2001 hat sich die Eismasse Grönlands um sage und schreibe 1.500 Mrd Tonnen verringert, deutlich mehr als die des antarktischen Eisschildes mit „nur“ 1.000 Mrd Tonnen. Grönland ist jedoch die große Unbekannte hinsichtlich des Meeresspiegelanstiegs während der kommenden Jahrzehnte und Jahrhunderte. Sollte sich das Grönlandeis wie im letzten Jahrzehnt immer schneller zurückziehen, müssten wir mit einem Anstieg von möglicherweise mehr als einem Meter bis zum Ende des Jahrhunderts rechnen.

Das durch den Menschen ausgestoßene Kohlendioxid verursacht auch die Meeresversauerung. Diese ist in allen Meeresgebieten messbar, am stärksten aber in der Arktis, weil kaltes Wasser CO₂ besser löst als warmes. Die Auswirkungen einer ungebremsen Meeresversauerung auf die Ökosysteme können verheerend sein. Viele Meeresbewohner bilden aus Kalk bestehende Schalen, Skelette oder Gehäuse. Eine zu starke Versauerung würde das erschweren, möglicherweise unmöglich machen.

Quelle: Prof. Dr. Mojib Latif, Leibniz-Institut für Meereswissenschaften Uni Kiel, Sonnenseite.com

Emissionshandel

Die Bundesregierung hat die Verordnung über die Verteilung in der künftigen Handelsperiode von 2013 bis 2020 für den Handel mit Emissionszertifikaten festgelegt. Damit setzt die Regierung die Vorgabe der EU vom April 2011 in deutsches Recht um.

Anders als bislang sollen ab 2013 nicht mehr alle Zertifikate kostenlos an die zum Emissionshandel verpflichtet 2.000 Industrieanlagen ausgegeben werden, sondern nur noch 80 %. Diese Menge wird dem Beschluss zufolge schrittweise abgesenkt, im Jahr 2020 sind dann nur noch 30 % kostenlos erhältlich. Den Rest müssen die Anlagenbetreiber an der Strombörse zukaufen. Künftig soll sich demnach die kostenlose Zuteilung für die Industrieanlagen an den effizientesten Anlagen in ganz Europa orientieren.

Eine Ausnahme bilden die Stromproduzenten: Sie müssen ihre Verschmutzungsrechte zu 100 % ersteigern. Damit sind die größten Kohlendioxid-Quellen deutlich stärker zum Klimaschutz gezwungen, als die Anlagen der Chemie-, Maschinenbau- oder Zementindustrie. Dadurch wird der Erzeugerpreis für Strom teurer - Strom aus regenerativen Kraftwerken entsprechend wettbewerbsfähiger. Aktuell pendelt der Preis für eine Tonne Kohlendioxid um 14 Euro. Europaweit dürfen nach Angaben des Umweltbundesamtes im Jahr 2013 etwa zwei Mrd Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen werden. Danach wird die zulässige Obergrenze um jährlich 1,74 % abgesenkt.

Das Öko-Institut hatte im Auftrag der Umweltstiftung WWF die kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten untersucht. Demnach haben allein die deutschen Stromkonzerne in den ersten beiden Handelsperioden Zusatzgewinne von insgesamt rund 39 Mrd Euro für sich verbucht. Der Trick: Eon, RWE, Vattenfall, die EnBW und Evonik rechneten den Stromkunden den CO₂-Handelspreis der geschenkten Zertifikate auf den Strompreis an.

Quelle: klimaretter.info 24.8.11

Greenpeace-Untersuchung: Giftige T-Shirts aus Fernost

Eine Greenpeace-Untersuchung hat beunruhigende Ergebnisse über Kleidungsstücke aus Fernost hervorgebracht. So befinden sich in 52 von 78 getesteten Textilien aus Geschäften in 18 Ländern Rückstände der giftigen Chemikaliengruppe Nonylphenolhoxylate (NPE). Vier belastete Artikel der Marken Converse (Nike), Kappa, Puma und Li Ning stammen aus deutschen Läden.

Nonylphenolhaltige Abwässer belasten das Trinkwasser von Mio Menschen in Herstellungsländern wie China. Vor allem für Wasserlebewesen ist das aus NPE entstehende Nonylphenol bereits in niedriger Konzentration schädlich.

Textilfabriken in Billiglohnländern produzieren 90 % der weltweit verkauften Bekleidung - häufig unter geringen Umweltauflagen. Die Sportartikelhersteller Puma und Nike haben sich jedoch bereits mit den Greenpeace-Forderungen einverstanden erklärt.

"Obwohl in Europa der Einsatz der Chemikalie streng geregelt ist, wird auch hier Nonylphenol durch das Waschen von Importtextilien freigesetzt", sagt Manfred Santen. NPE werden unter

anderem als Tenside in Waschmitteln verwendet. Sie gelangen als Nonylphenol in den Wasserkreislauf und reichern sich in der Nahrungskette an. Die hormonell wirksame Substanz erreicht so auch den menschlichen Organismus. In der EU dürfen Importtextilien nur 0,1 % - dies entspricht 1000 mg pro Kilo - Nonylphenol enthalten. Ein auf den Philippinen hergestelltes und verkauftes Converse T-Shirt wies im Greenpeace-Test jedoch 27.000 mg Nonylphenol auf. Quelle: Greenpeace, sonnenseite.com 24.8.11

CCS - Gefahr für das Wattenmeer

Der BUND warnt davor, in der Nordsee Projekte zur unterirdischen Verpressung von CO₂ aus Kohlekraftwerken oder Industrieanlagen zu verfolgen. Die Anwendung der sogenannten „CCS-Technologie“ (Carbon Capture and Storage) könne schwere ökologische Schäden bei der Fauna und Flora im Meer verursachen. Der hohe Druck, der zur Verpressung des Kohlendioxids in die Tiefe erforderlich sei sowie chemische Reaktionen im Untergrund könnten zu CO₂-Leckagen führen. Die zwangsläufige Verdrängung großer Mengen saliner Formationswässer, also salzhaltigen Wassers aus den unterirdischen Lagerstätten, durch das eingelagerte Kohlendioxid hätte verheerende Folgen sowohl für eine Vielzahl von Meereslebewesen als auch für regionale Wirtschaftszweige wie die Fischerei und den Tourismus. Möglich seien auch Beeinträchtigungen des UNESCO-Welterbes Wattenmeer sowie Versalzungen von Trinkwasservorkommen an der Nordseeküste. Bedroht sei außerdem eine Vielzahl von Riffen und Sandbänken, die zu Natura-2000-Schutzgebieten gehörten. Der Umweltverband stellte in Hamburg ein Gutachten des Geologen Ralf Krupp mit dem Titel „Risiken der Verpressung von Kohlendioxid unter der Nordsee“ vor. Der Geologe Ralf Krupp sagte zu den Risiken der CO₂-Einlagerung: „Die Verpressung von CO₂ unter die Nordsee ist potentiell nicht weniger gefährlich als auf dem Festland, weil grundsätzlich die gleichen geologischen Mechanismen wirken. Das zentrale Problem liegt in der Verdrängung der salinen Formationswässer durch das CO₂. Wenn diese hoch salzhaltigen, anoxischen und mit teilweise giftigen Bestandteilen belasteten Wässer aufsteigen und am Meeresboden austreten, kann das schwere ökologische Schäden verursachen.“

Nicht nur, dass CCS massive Gefahren birgt. Kohlekraftwerke werden auch mit CCS nicht sauber. Stattdessen muss in CCS-Kraftwerken deutlich mehr Kohle verfeuert werden als in Kraftwerken ohne CCS. CCS dient vor allem dazu, den klimaschädlichen Kohlekraftwerken ein grünes Image zu geben und ihren Neubau zu legitimieren.

Quelle: bund.net, sonnenseite.com 21.8.11

Vernichtung des Regenwaldes in Brasilien

Die illegale Abholzung des Regenwaldes im brasilianischen Amazonas-Gebiet nimmt weiter zu. Dies zeigen die aktuellen Satellitendaten des Nationalen Instituts für Weltraumforschung (INPE) in Brasilia. Demnach wurden allein im Juni in Brasiliens Amazonas 312,7 km² Regenwald gerodet. Im Vergleich zu Juni 2010 bedeutet dies einen Anstieg um 28 %. Insgesamt lag die Entwaldungsrate im ersten Halbjahr 2011 sogar 79 % über dem Vorjahreszeitraum.

Eine Ursache für die rasante Zunahme der illegalen Abholzung ist laut Maldonado die anstehende Novellierung des brasilianischen Waldgesetzes. Die geplante Änderung soll die Rodungsaufgaben für Grundbesitzer lockern und verspricht eine Amnestie für zurückliegende illegale Abholzungen. Seit das Gesetz, das vor allem dem Wirtschaftswachstum dienen soll, debattiert wird, seien die Entwaldungszahlen in die Höhe geschneit.

Laut WWF-Experten Maldonado verschwindet der Amazonas-Regenwald in Brasilien vor allem für die Agroindustrie, insbesondere für Rinderzucht und Soja-Anbau. „Brasilien hat sich 2009 auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen verpflichtet, die Zerstörung des Regenwaldes im Amazonasgebiet bis zum Jahr 2020 um 80 % zu reduzieren“, sagt WWF-Referent Roberto Maldonado. „Dennoch steigt die Entwaldung weiter, mit allen negativen Folgen.“

Quelle: WWF, sonnenseite.com 19.8.11

WWA Sellafield wird geschlossen

Laut der zuständigen Atomaufsichts-Behörde NDA war die Anlage von Beginn an defizitär und kostete dem Steuerzahler in England bisher 1,6 Mrd €. Die unsichere Auftragslage in Japan, wo derzeit nur 19 der 54 Atommeiler in Betrieb sind und langfristig der Atomausstieg angekündigt wurde, führte nun zu dieser Entscheidung des Betreibers.

In der Anlage wurde Plutonium und Uranmüll zu sogenannten Mischoxid-Brennelementen (MOX) verarbeitet. Durch die Einstellung der Brennelemente-Produktion wird das "Entsorgen" von Atommüll für Atomkraftwerk-Betreiber natürlich schwieriger und wahrscheinlich auch kostenintensiver. Gleichzeitig reduziert sich das Angebot von Brennelementen. Nach der Produktionseinstellung wird man die Anlage und den verbliebenen Atommüll auch "entsorgen" müssen, was sicher auch noch mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Quelle: oekonews.at, sonnenseite.com 10.8.11

Erneuerbare-Wärme-Gesetz

Die Bilanz des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (EWärmeG) in Baden-Württemberg ist durchwachsen. Es sieht bislang eine Quote von 10 % Erneuerbaren bei Sanierungsmaßnahmen an Heizungen seit 2010 vor. 2009 haben viele Hausbesitzer ihre Kessel noch getauscht, 2010 sind die Umsätze mit Erneuerbaren eingebrochen. Nun legt der neue Umweltminister Franz Untersteller mit der Sanierungspflicht für Büros und einer höheren Erneuerbaren-Quote bei Wohngebäuden nach. Die Eigentümer von bestehenden Wohnungen und Wohngebäuden haben mit einem Anteil von 42 % vor allem die Solarthermie genutzt, um die gesetzliche Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Wärme zu erfüllen. An zweiter Stelle liegt mit 17,7 % feste Biomasse, gefolgt von Biogas mit 12 %. Bei Neubauten dagegen hätten sich die Bauherren überwiegend für die Dämmung von Fassaden und Dächern entschieden.

2010 gab es einen heftigen Einbruch der Umsätze mit Erneuerbaren für die Handwerker und Hersteller. Nach Meinung von Klaus Jesse, Chef des Branchenverbands BDH, bewirkt das Gesetz genau das Gegenteil dessen, was es erreichen soll: "Wir hatten Vorzieheffekte 2009, bei denen die Leute nur noch schnell den Kessel getauscht haben. Nun herrscht aber Abwarten.

Baden-Württemberg will für 2013 ein novelliertes Gesetz vorlegen. Umweltminister Franz Untersteller: "Wir wollen zum einen private Nichtwohngebäude in das Erneuerbare-Wärme-Gesetz einbeziehen und auch für sie verpflichtende Vorgaben machen. Und wir wollen zum anderen den Pflichtanteil an erneuerbarer Energie bei Heizung und Warmwasser von 10% auf zunächst 15 % erhöhen ." Das erstaunt, weil im Bericht 12 der 22 befragten Energieagenturen des Landes sagten, das sei technisch machbar, aber häufig nicht wirtschaftlich.

Die Bundesländer können für den Gebäudebestand selbst Regelungen erlassen, in welchem Umfang Erneuerbare einbezogen werden müssen. Bisher nutzt diese Möglichkeit allein Baden-Württemberg. Im Saarland wird indes an einem Referentenentwurf gearbeitet, in Hamburg und Bremen gibt es Überlegungen, ebenfalls eine Regelung für den Gebäudebestand zur Einführung Erneuerbarer zu erarbeiten. Für den Bund gibt es eine Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Energien bei der Errichtung neuer Gebäude, seit Mai 2011 auch für bestehende Nichtwohngebäude der öffentlichen Hand.

Quelle: enbausa.de